



7/2020

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU SONDERAUSGABE

Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Woche war die Entwicklung der Corona-Epidemie im Mittelpunkt fast aller Diskussionen. Viele Ratschläge und Tipps zur Vermeidung von Ansteckungen gehen durch die Medien. Herausragend war sicher der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Trump. Er empfahl seinen Bürgern, sich durch das Trinken von Desinfektionsmitteln von innen heraus zu immunisieren. Dieser Vorschlag ist von der Qualität des Rates einer südafrikanischen Gesundheitsministerin, die gegen die Ansteckung mit HIV das regelmäßige Essen von Granatäpfeln empfahl.

Aber die aktuelle Situation ist ernst, und die Zeit für solche Scherze ist vorbei. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland hat sich rapide verschlechtert, ganzen Branchen fehlt eine Zukunftsperspektive. Die schrittweise Öffnung von Geschäften ist sicher ein Schritt nach vorn, aber nur ein Trippelschritt. Während in den Kliniken schon der Rückbau der Notfallbetten begonnen hat, werden für die Wirtschaft Durchhalteparolen serviert. Die angekündigte Öffnung von Zoos, Museen und weiteren kulturellen Einrichtungen ist zu begrüßen, nur wird dort kein einziger Cent erwirtschaftet, kein Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung geleistet.

Während in den USA mittlerweile 26 Mio. Menschen ohne Arbeit auf der Straße stehen, sind es in Deutschland auch schon 2,64 Mio. Menschen. Aber in Anbetracht von über 10 Mio. Kurzarbeitern in Deutschland braucht man keine hellseherischen Fähigkeiten, um zu erkennen, was auch auf unser Land zukommen wird. Wenn jetzt nicht zügig gehandelt wird, gibt es für uns alle ein böses Erwachen. Insofern habe ich große Hoffnungen in die Gespräche zwischen Bund und Ländern in diesen Tagen.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen 1. Mai und ein schönes Wochenende.

Ihr

Andreas Lämmels

SCHRITTE DER EUROPÄISCHEN UNION

Alle Mitgliedstaaten und die EU haben insgesamt schon **2,7 Billionen Euro** aufgewendet, um die Gesundheit der Bürger, die Unternehmen und die Arbeitsplätze bestmöglich zu schützen.

Gesundheitsmaßnahmen. Die EU unternimmt alle notwendigen Schritte, um den verfügbaren Bestand an Schutzmaterialien zu erhöhen. Dazu zählen:

- gemeinsame Beschaffungsmaßnahmen von Schutzausstattung
- Koordination der Verteilung der Materialien zwischen den Mitgliedsstaaten nach Bedarf
- gegenseitige Anerkennung der Standards für Schutzausrüstung, um die Versorgung mit Materialien zu verbessern

Grenzmaßnahmen. Um die Gesundheit und Versorgungssicherheit in allen Mitgliedstaaten bestmöglich zu schützen, hat die EU- Maßnahmen für die EU-Außengrenzen und die Binnengrenzen beschlossen:

- Einreisen in die EU wurden drastisch eingeschränkt. Nur notwendige (Dienst-) Reisen finden statt.
- Rückholungen von EU-Bürgern aus aller Welt
- Der freie Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten wurde seitens der EU wieder durchgesetzt. Nationale Alleingänge wurden gestoppt.
- Verbesserungen für Grenzpendler, die von Grenzsicherungen betroffen sind.

Wirtschaftsmaßnahmen. Wir helfen unseren europäischen Freunden schnell und unbürokratisch, wollen aber keine permanente Umverteilung und Haftungsunion. Maßnahmen zum Schutz und zur Unterstützung der Wirtschaft sind beschlossen:

- Liquiditätsmaßnahmen zur Unterstützung von besonders hart getroffenen kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU).
- Die EIB-Gruppe aus Europäischer Investitionsbank und dem Europäischen Investitionsfonds strebt die Schaffung zusätzlicher Investitionen in Höhe von 20 Mrd. EUR in kleine und mittlere Unternehmen an, zum Teil unter Verwendung ihres eigenen Kapitals, zum Teil abgesichert durch den EU-Haushalt.



- Die EU-Kommission wird 1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt als Garantie für den Europäischen Investitionsfonds (EIF) bereitstellen, sodass dieser KMU mit Liquidität versorgen kann, und insgesamt 8 Mrd. EUR zur Unterstützung von mindestens 100 000 Unternehmen mobilisiert werden.

Die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise:

- Alle verfügbaren Mittel aus den Strukturfonds sollen so schnell wie möglich zur Bekämpfung der Corona-Krise verwendet werden können. Schon jetzt stehen insgesamt 37 Milliarden Euro bisher nicht genutzter Mittel zur Bekämpfung des Coronavirus bereit.
- Der EU-Solidaritätsfonds wird auf 800 Millionen Euro aufgestockt.
- Die strengen Regeln für staatliche Beihilfen werden gelockert.
- Die Verschuldungsregeln in der EU werden für eine Übergangszeit aufgehoben.
- Die EU überprüft Übernahmeveruche auf europäische Firmen, die durch die Krise zu Spekulationsobjekten geworden sind. Sie verhindert einen Ausverkauf europäischer Unternehmen.

Forschungsmaßnahmen.

- Die Kommission hat bis zu 140 Millionen Euro für die Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden, Diagnostiktests und medizinischen Systemen bereitgestellt.
- 17 Projekte, an denen 136 Forschungsteams beteiligt sind, wurden ausgewählt und erhalten 47,5 Millionen Euro aus dem EU-Forschungs- und Innovationsprogramm „Horizont 2020“.

CORONA-BONDS ALS INSTRUMENT ZUR SOLIDARITÄT?

In der vergangenen Woche hat der **EU-Gipfel** ein **Rettingpaket im Umfang von einer halben Billion Euro** für Mitgliedsstaaten beschlossen, die besonders stark von der Coronavirus-Pandemie betroffen sind. Dabei geht es um Hilfen aus dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für die Staaten selbst, um Kredite der Europäischen Investitionsbank (EIB) für notleidende Unternehmen und um Unterstützung für Kurzarbeitsprogramme, damit Arbeitnehmer nicht entlassen werden müssen. Ein **Wiederaufbaufonds** für die Zeit nach Abebben der Pandemie wurde in Aussicht gestellt. Die Modalitäten dafür soll die EU-Kommission ausarbeiten. Damit sind die umstrittenen Corona-Bonds vom Tisch. Das ist gut und richtig.

Die Mitgliedstaaten und die europäischen Institutionen arbeiten eng zusammen, um den besonders betroffenen Staaten schnell und unverzüglich zu helfen. Auch ohne Corona-Bonds leistet Deutschland hier einen enormen Beitrag, z.B. durch Unterstützung im Gesundheitsbereich. Darüber hinaus ist **Deutschland mit seiner starken Wirtschaft Stabilitätsanker der europäischen Gemeinschaftswährung**, deren Vorteile alle Partner der Eurozone teilen. Deutschland ist größter Garantie- und Kapitalgeber für die europäischen Rettungsschirme EFSF und ESM und hat zudem rund 19 Prozent des Kapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) bereitgestellt. Die Hilfsmaßnahmen für die besonders betroffenen Mitgliedstaaten müssen bei diesen bestehenden Institutionen ansetzen. Damit kann ohne Corona-Bonds zielgenau Hilfe geleistet werden.



Das Hilfspaket der Eurogruppe

- Kreditprogramm der Europäischen Investitionsbank (EIB) zur Unterstützung von Unternehmen (besonders für kleine und mittelständische Unternehmen) in Höhe von 200 Milliarden Euro
- Kurzarbeiter-Programm „SURE“ (Support mitigating Unemployment Risks in Emergency) zur Unterstützung von Arbeitnehmern in Höhe von 100 Milliarden Euro
- Vorsorgliche Kreditlinien des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zur Unterstützung von Staaten in Höhe von 240 Milliarden Euro (bis zu einer Höhe von zwei Prozent der Wirtschaftskraft des Empfängerlandes)

Befürworter von Corona-Bonds argumentieren, Staaten mit bereits hohen Schuldenständen könnten bei weiterer Verschuldung ihre Bonität verschlechtern und letztlich den Zugang zu den Kapitalmärkten verlieren. Es drohe eine neue Euro-Krise. Es gibt allerdings **keine Anzeichen dafür, dass die Staaten Probleme bei ihrem Marktzugang** haben. Die Renditen für 10-jährige Staatsanleihen liegen weit unter 2 Prozent und damit sogar unter dem Niveau von vor einem Jahr.

Der Schuldenstand der Euroländer

Staatsverschuldung in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019

Griechenland	175,2
Italien	136,2
Portugal	119,5
Belgien	99,5
Frankreich	98,9
Spanien	96,7
Zypern	93,8
Österreich	69,9
Slowenien	66,7
Deutschland	59,2
Finnland	59,2
Irland	59,0
Niederlande	48,9
Slowakei	48,1
Malta	43,3
Litauen	36,3
Lettland	36,0
Luxemburg	19,6
Estland	8,7

Die gemeinsame europäische Kreditaufnahme über Corona-Bonds mit gesamtschuldnerischer Haftung ohne Zweckbindung oder Gegenleistung würde die Architektur der Eurozone grundlegend verändern. Die aktuelle Corona-Krise darf nicht dazu missbraucht werden, um derartig weitgehende Eingriffe durchzusetzen. Die Krisen der letzten Jahre haben bereits viele neue Institutionen und Instrumente hervorgebracht. Immer weitergehende Vergemeinschaftungen, Fonds und Institutionen verursachen eine kaum noch überschaubare Verwischung von Zuständigkeiten, die gegen das grundlegende Subsidiaritätsprinzip verstößt. Wir brauchen keine endlosen Debatten um Fragen des Europa- und Verfassungsrechts,

sondern müssen den betroffenen Staaten jetzt zügig helfen. Das ist der richtige Weg für Solidarität.

BEGEGNUNGEN

Zusammen mit der **Industrie- und Handelskammer Dresden** und dem **Landestourismusverband Sachsen** habe ich mit Unternehmervertretern der Tourismusbranche in Sachsen über Maßnahmen und Handlungsoptionen in der Corona-Krise gesprochen. Mit ist es besonders wichtig zu erfahren, ob unsere Hilfsmaßnahmen auch da ankommen, wo sie gebraucht werden.

Hotels und Restaurants, aber vor allem auch Reisebüros und Gästeführer stehen in diesen Tagen ganz besonders unter Druck. Wie die Bundesregierung, aber auch der Freistaat neben den bereits existierenden Hilfsangeboten weitere dringend benötigte Hilfen bereitstellen kann, stand im Fokus des Gesprächs.

Aber auch die Branchen müssen einen Beitrag dazu leisten, indem sie Konzepte erarbeiten, wie ein Arbeitsbetrieb unter den Bedingungen der Corona-Krise praktikabel möglich ist. Welche Tücken hat die Gutscheinelösung für Kunden und Reiseveranstalter? Wie sind die Perspektiven für einzelne Unternehmensbereiche? Kann eine Mehrwertsteuersenkung sinnvoll sein? Fragen über Fragen auf die es in kurzer Zeit gilt gute Antworten zu geben. Dazu wird man weiter im Gespräch bleiben müssen, denn auch die Lage in der Corona-Krise wird sich stetig ändern. Auch mein Ziel ist es, mit den Unternehmerinnen und Unternehmern in Sachsen Perspektiven für die Zukunft zu finden.



Auch an den **Freien Berufen** in Sachsen geht die Corona-Krise nicht spurlos vorbei. Während andere Branchen abrupt in Schwierigkeiten geraten sind, wird es bei den Freien Berufen, mit der Vielzahl an Selbstständigen, erst

mit Verzögerung zu Engpässen kommen. Daher spricht sich auch die Mehrzahl der Vertreter der Freien Berufe für eine Schrittweise und angemessene Rückkehr zur "Normalität" aus. Das ein Restrisiko immer bleibt und in regelmäßigen Abständen Anpassungen von Nöten sind, dessen ist man sich bewusst. Aber damit werden wir eine gewisse Zeit leben müssen, wollen wir die Strukturen wie wir sie heute kennen für die Zukunft nicht vollkommen ruinieren.



Beim Thema Bürokratie erhitzen sich im Gespräch die Gemüter. Es ist bemerkenswert, was in Zeiten der Krise auf einmal alles möglich ist. Hier sind sich alle einig, dass diese Dynamik beibehalten werden muss und auch nach der Krise zu vermehrten Diskussionen führen sollte. Die Verbände sollen hierfür einen Katalog mit guten Vorschlägen erstellen, der dem Parlament und der Regierung nach der Krise vorlegt werden soll.

Man war sich im Grundsatz einig, dass die Linie der Bundesregierung in den letzten Wochen im Krisenmodus richtig war. Jetzt müssen wir aber wieder in eine Phase eintreten, in der wir mit dem Virus leben können, ohne die wirtschaftlichen Grundlagen aus dem Blick zu verlieren.



Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb